

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0051/2013).

Rm Biewer (CDU) ist der Ansicht, die Ortsbeiräte leisteten gute Arbeit. Die Bürgernähe sei wichtig. Er hält es nicht für sinnvoll, die Ortsbeiräte zu streichen und bedankt sich bei diesen für ihre Arbeit. Er lehne daher den Antrag der FDP ab.

BIZ- Fraktionsvorsitzender Wefelscheid spricht sich dafür aus, die Angelegenheit weiter in der HSK zu beraten. Der Antrag sei daher doch erledigt.

Rm Biebricher (CDU) stimmt Herrn Biewer zu. Den Ortsbeiräten würden zudem Kosten zugerechnet in Form der Gemeindearbeiter, welche ansonsten von städtischen Ämtern durchgeführt werden müssten. Dies sei nicht seriös. Wenn man gegen Ortsbeiräte sei, dann solle man dies auch offen auslegen.

Rm Lehmkuhler (SPD) ist der Meinung dies solle in der HSK aufgegriffen werden.

Rm Kriebs (FDP) nimmt Bezug auf die Aussagen von Herrn Biebricher (CDU). Die Kosten entstammten einer Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der FDP. Der Ortsbeirat Rübenach habe einen Gemeindearbeiter der 38.000€ koste und niemand wisse was dieser Arbeiter genau tue.

Herr Meid, Ortsvorsteher Bubenheim, schildert die Situation aus seiner Sicht. Bubenheim habe eine Beschäftigte (15h) und eine Putzfrau (1-2h). Die Beschäftigte mache Kehrarbeiten, Schneearbeiten wie Streuen und Räumen, Unkraut jäten und Botengänge. Des Weiteren habe sie 3 h zusätzlich bekommen, nachdem die Schreibkraft in den Ruhestand getreten sei. Diese 3 h verwende sie für Schriftverkehr und die Öffnung des Gemeindebüros. Es handele sich um eine super Kraft. Er merkt an, bezüglich einer noch offener Maßnahme seien die kleinen Ortsbezirke grundsätzlich im Nachteil.

Rm Coßmann (CDU) erklärt, die Arbeit in den Ausschüssen werde durch die Vorberatungen der Ortsbeiräte erleichtert. Er halte die Ortsbeiräte für effizient und bürgernah. Sie seien Teil der Demokratie.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) findet die Debatte äußerst wichtig. Im Rahmen der Demokratie solle aber überlegt werden, dass Koblenz nicht nur acht Ortsbezirke habe.

Rm Biebricher (CDU) findet es nicht in Ordnung, dass die Einkommensverhältnisse der Beschäftigten dargelegt würden. Wenn Rm Kriebs wissen wolle, was der Arbeiter in Rübenach genau mache, könne sie in seiner Arbeitsplatzbeschreibung nachlesen wofür er zuständig sei.

Rm Kriebs (FDP) erklärt, sie habe die Ortsvorsteherin angeschrieben aber bisher noch keine Antwort auf Ihre Email erhalten. Die Einkommensverhältnisse könne man ebenfalls der öffentlichen Stellungnahme der Verwaltung entnehmen.

Rm Hömberger (BIZ) kritisiert die Formulierung im Antrag „(...) Angesichts ihrer ungleich geringen Bedeutung (...)“.

Rm Schmidt, Ortsvorsteher Güls, merkt an, jeder könne gerne einmal in die Ortsvorsteherstunde in Güls kommen, um sich ein besseres Bild machen zu können.

Rm Biebricher (CDU) fragt, ob das Gehalt der Gemeindearbeiter wirklich in öffentlicher Stellungnahme genannt wurde.

Nachtrag zum Protokoll:

Es handelte sich hierbei um die ST/0152/2012. In der Stellungnahme wurden keine Gehälter der Gemeindearbeiter genannt. Es wurden lediglich die Personalkosten insgesamt (für Schreib- und Hilfskräfte) nach Ortsbezirken dargestellt.